

Mainz, 06.09.2016

PRESSEMITTEILUNG

Bund der Steuerzahler will Kultur vernichten!

Der Präsident des Landesmusikrat Rheinland-Pfalz, Peter Stieber, weist die jüngsten Forderungen des Bundes der Steuerzahler zur Kulturförderung im Allgemeinen und zur Theatersituation in Trier als völlig verfehlt auf das Schärfste zurück.

Der polemische Populismus, der aus Formulierungen wie „das Trierer Theater ist purer Luxus“ oder „es sollte ersatzlos abgewickelt werden“ spricht, ist eines Vereins, der sich kritische Seriosität auf die Fahnen geschrieben hat, nicht würdig. Dass sich das Theater Trier in einer krisenhaften Situation befindet, ist ein offenes Geheimnis; aber daraus den Schluss zu ziehen, es sei überflüssig und man könne ja auch ins 65 km entfernte Luxemburg zu Theateraufführungen fahren, ist aberwitzig und eine geistige Bankrotterklärung. Nach diesem Denkmuster des Bundes der Steuerzahler wären in Deutschland zig Theater überflüssig. Dass in einem Theater wie Trier 250 Menschen arbeiten, dass dieses Theater ein kultureller Mittelpunkt der ganzen Region ist und dass das Trierer Theater auf dem Weg der Umwegrentabilität zusätzliche Arbeitsplätze und Steuereinnahmen in nicht unbeträchtlichem Umfang generiert, ist dem Steuerzahlerbund offensichtlich bisher entgangen.

Dass die Kultur einer der großen Wirtschaftsfaktoren Deutschlands ist, wurde durch zahlreiche Studien nachgewiesen. Deshalb ist auch ein Satz wie „Kunst ohne Wirtschaftlichkeit kann sich auf Dauer keine Stadt leisten“ völlig inakzeptabel. Kunst ist wirtschaftlich relevant, aber es ist nicht ihr Sinn und Zweck, wirtschaftlich zu sein. Die UNESCO-Kommission hat die deutsche Theater- und Orchesterlandschaft erst 2014 auf die nationale Liste des immateriellen Kulturerbes aufgenommen, gerade weil das deutsche Stadttheatersystem weltweit einzigartig und deshalb schützenswert ist.

Auch den Eindruck zu erwecken, die Fördergelder des Landes versickerten in der Fläche, ist eine böse Diskriminierung der Kulturarbeit im ländlichen Raum. Tausende von Kulturschaffenden leisten hier hochmotiviert wertvolle Kulturarbeit vor Ort und tragen damit auch zur Festigung der sozialen Gemeinschaft in den Dörfern und kleinen Städten erheblich bei.

Der Bund der Steuerzahler war schlecht beraten, sich mit kulturpolitischen Empfehlungen an die Öffentlichkeit zu wenden, und er hat sich dabei kräftig verhalten. Missstände im öffentlichen Rahmen anzuprangern, ja, das ist die Kernaufgabe dieser Institution. Aber sich zum Überkulturministerium aufzuschwingen und populistisch anmutende Vorschläge über Theaterschließungen und Finanzierungsmodelle des Kulturlebens abzugeben, dazu hat der Steuerzahlerbund weder das Mandat noch die Kompetenz. In einem Bundesland, dessen Kulturausgaben pro Kopf der Bevölkerung im Vergleich der Bundesländer an vorletzter Stelle steht, den Eindruck zu erwecken, das Geld für Kultur werde mit vollen Händen aus dem Fenster geworfen, ist entweder der Unkenntnis geschuldet, oder es ist vorsätzliche Stimmungsmache gegen die öffentliche Kulturfinanzierung.